

Stellschrauben in der Migrationspolitik - Baut sich gerade eine neue Diskriminierungswelle auf? Einige könnten im Vorfeld der Landtagswahl darauf reiten

Gewiss wäre mehr möglich gewesen, aber zweifellos hat Innenministerin Nancy Faeser seit Amtsantritt der Ampelkoalition wesentliche humanitäre Fortschritte in der Flüchtlingspolitik auf den Weg gebracht. Zu nennen sind etwa bessere [Chancen auf Asyl für queere Flüchtende](#), die Einführung des [Chancen-Aufenthaltsrechts](#) nach § 104c Aufenthaltsgesetz und das [Gesetz zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren](#). Aber die Politik installiert gleichzeitig auch Stellschrauben, um bei Bedarf eine neue Diskriminierungswelle zu ermöglichen.

Die Erzählung vom vollen Boot wird wiederbelebt

Mehrere Landkreise und Kommunen, darunter in Hessen die Landkreise Limburg-Weilburg und Main-Taunus, berichten an Bundes- und Landesregierung, dass sie nicht mehr genug Quartiere für neu ankommende Asylsuchende und Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine zur Verfügung haben. Sie fordern schärfere Regelungen für Asylgewährung und Abschiebung und behaupten in diesem Zusammenhang, die Kraft der ehrenamtlichen Flüchtlingshelferinnen und -helfer sei am Ende. Letztere bestreiten das. Kräfte würden vor allem durch unnötige bürokratische Hürden und Planungsmängel auf unterschiedlichen politischen Ebenen verschlissen, nicht etwa durch hohe Flüchtlingszahlen. [Auf tagesschau.de kann man Details nachlesen](#).

Die Legende vom Sozialtourismus kommt wieder aus der Kiste

Eigentlich ist über alle politischen Lager hinweg unbestritten, dass die deutschen Sozialsysteme Einwanderung zum Erhalt ihrer Funktionsfähigkeit benötigen. Das hat Friedrich Merz, Parteivorsitzenden der CDU und Vorsitzenden der CDU-/CSU-Bundestagsfraktion, nicht davon abgehalten, die Legende vom Sozialtourismus wieder aus der Mottenkiste zu holen und diesmal gegen ukrainische Frauen zu wenden. Die zuständigen Behörden haben deutlich gemacht, dass es dafür keine Beweise gibt. Merz hat wohl vor der damals bevorstehenden Landtagswahl in Niedersachsen am rechten Rand Wählerinnen und Wähler fischen wollen. Erfolglos, wie wir heute wissen. Aber die Legende bleibt zur zeitnahen weiteren Verwendung griffbereit. [U. a. das ZDF hat im Herbst 2022 ausführlich berichtet](#).

Clankriminalität auf der Titelseite

„Clankriminalität“ heißt das Stichwort. Türkische und arabische Großfamilie stehen angeblich unter dem Kommando eines kriminellen Chefs, rekrutieren sich ständig neu aus den Heimatländern und organisieren Eigentumsdelikte, Prostitution, Messerstecherei, Drogenhandel, Geldwäsche und viele andere unangenehme Erscheinungen in Wohngebieten. [Der Politikwissenschaftler Mahmoud Jaraba rückt im „Mediendienst Integration“ dieses Zerrbild gerade](#). Einzelne Mitglieder zugewanderter Familien mögen kriminell sein. Mitglieder deutscher Familien sind es gelegentlich auch. Zu deren Bekämpfung gibt es Polizei, Justiz und Strafgesetzbuch. Aber das heißt noch lange nicht, dass man Gefährdungspotenziale an Familiennamen und Herkunftsländern festmachen kann. Sippenhaft ist abgeschafft. „Den Familienclan“ unter straffer Führung als Bedrohung für die Zivilgesellschaft gibt es einfach nicht. Und schon gar nicht taugt das Schreckensbild zur Verhinderung von Familiennachzug.

Silvesterrandale und das Schreckensbild vom gewaltbereiten Ausländer


Gleichsam wie bestellt haben Horden meist männlicher, teils besoffener und bekiffter Jugendlicher zu Silvester in Berlin-Neukölln und anderen sozialen Brennpunkten randaliert. Zielscheiben waren nicht nur Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste. Auch Kleingewerbe und Infrastruktur in den Stadtvierteln haben schwere Schäden davongetragen. Soweit polizeilich erfasst war der Ausländeranteil hoch, aber nicht höher als in der jeweiligen Gesamtbevölkerung. Beiseite geschobene, perspektivlose Jugendliche unterschiedlicher Herkunft haben gemeinschaftlich randaliert. [Der Marburger Sozialpsychologe Ulrich Wagner hat sich mit dem Sachverhalt befasst](#). Er empfiehlt Präventionsmaßnahmen, die an Bildungs-, Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten junger Erwachsener ansetzen und diese an der Gestaltung der städtischen Umwelt beteiligen. Armutsbekämpfung ist für ihn Gewaltprävention, Ausgrenzung nach Herkunft und Muttersprache nicht.

Integration ermöglichen, keine Schreckgespenster heraufbeschwören

Erschleichung von Sozialleistungen, kriminelle Strukturen und randalierende Jugendliche gibt es. Eine Gesellschaft darf sich damit nicht abfinden. Zur Diskriminierung von Menschen auf der Flucht taugen diese Erscheinungen nicht. Stattdessen sind Integration und Inklusion angesagt. Jugendzentren, Sportstätten und leistungsfähige Schulen sind gefragt. Sie brauchen Räume, Ausstattung und qualifiziertes Personal. Auch in unserer Region fehlt es daran noch. Aber die Universitätsstadt Marburg und der Landkreis Marburg-Biedenkopf haben Ansatzpunkte gefunden. Sie bewältigen Integration und Zustrom von Flüchtlingen ohne Massenunterkünfte. [„Marburger Weg bewährt sich“, so hat es die Oberhessische Presse am 10. Januar 2023 zusammengefasst](#).

Aber es ist längst nicht ausgemacht, dass dieser Weg auch konsequent begangen wird. Schon die bevorstehende Landtagswahl kann dazu führen, dass wieder einmal „die Ausländer“ angeblich an allen möglichen Missständen schuld sind. Die Stellschrauben für solche demagogischen Erklärungsmuster liegen bereit. Wir alle müssen im Vorfeld der Wahl durch aktives Einmischen und am Wahltag selbst durch unsere Stimmzettel dafür sorgen, dass nicht an ihnen gedreht wird. Die Flüchtlingsinitiativen im Landkreis haben jedenfalls ihre Hausaufgaben gemacht und schon im Sommer 2022 einen [Forderungskatalog zur Flüchtlingspolitik](#) vorgestellt, der keine populistischen Ausflüchte ermöglicht.

Cölbe, den 7. Februar 2023



Anmerkung: Alle Links sind aktiv und führen zu Belegen und weiterführenden Artikeln.